300

Informations-Dienst



zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 13 24. NOVEMBER 1973

6 FRANKFURT
homburger str. 36
tel. 0611/77 46 96

postscheckkonto
w. spruck; frankfurt 60
nr. 525228-602

BÜROZEITEN:
mo, mi, fr, 10 - 14uhr

REDAKTIONSSCHLUß
FREITAG 20 uhr!

verantwortlich:
peter m. borch
1 berlin 33

KONTAKTZENTREN

1 BERLIN
links-unten red.
tel. 8511344

2 HAMBURG
buchladen manifest
schlüterstr. 79
tel. 44 40 03

463 BOCHUM-querenbg
evang. stud. gemeinde
lennershofstr. 66
baracke VIII
tel. 701465

5 KÖLN
pol. buchladen
zülpicher str. 197
tel. 44 61 71

74 TÜBINGEN
aktion-pol. buchladen
nauklerstr. 20

8 MÜNCHEN
basis-buchhandlung
adalbertstr. 41 b
089/2809522

MONATSABONNEMENT 5.-

Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

RICHTIGE INFORMATIONEN SIND FÜR UNS UNERLÄßLICHE PRODUKTIONSMITTEL UND SCHLAGKRÄFTIGE WAFFEN IM KLASSENKAMPF!

der informationsdienst ist ein unabhängiges bulletin zur verbreitung von nachrichten über konflikte, sauerreien der herrschenden, aktivitäten an der basis und kämpfe in der dritten welt. der informationsdienst will die manipulation und das monopol der bürgerlichen presse durchbrechen.

NACHRICHTEN KOMMEN VOM VOLK UND KEHREN ZUM VOLK ZURÜCK

!! AN ALLE ID-LESER !!

WIR WOLLEN BERICHTE VERÖFFENTLICHEN ÜBER GESPRÄCHE UND EREIGNISSE IN DER BEVÖLKERUNG ANLÄSSLICH DER SOGENANNTEN ENERGIEKRISE, INSBESONDERE DAS SONNTAGSFAHRVERBOT, BRENNSTOFFPREISERHÖHUNGEN, ETC.

KURZ ODER LANG, HANDSCHRIFTLICH ODER MIT DER MASCHINE GESCHRIEBEN -

HAUPTSACHE, DASS ES BIS FREITAG BEI UNS ANKOMMT.

GLEICH HINSETZEN!

wicklung bestehender praxis; vorschläge von neuen aktionen oder aktivitäten (z.b. "rote zelle bundesliga" o.ä.) berichte/informationen über mietwucher, fälle von repressionen, unfälle, die von den Bullen inszeniert wurden, lebensmittelvergiftungen, umweltverschmutzung durch betriebe, also auch sachen, die noch nicht von politischen gruppen aufgegriffen worden sind. berichte aus betrieben über inflationsdiskussionen der kollegen, über warnstreiks, "spontane" streiks, betriebsunfälle und mehr.
kontakte in die knäste, informationen von gefangenen, berichte aus jugendheimen, "irrenhäusern". informationen aus der dritten welt.
informationen über alles, was euch wichtig genug erscheint, daß es auch andere wissen müßten.
wir wollen keinen linken journalismus aufbauen! laßt die betroffenen sprechen!! gebt den aktivisten das wort, nicht den journalisten. wir unterliegen keinem formulierungsdruck, wenn nur klar wird, worum es geht. auch sind wir gegen trennung von politik, kultur, sport, frauenteil u.a. macht der bevölkerung, den kollegen, den genossen klar, daß sie selbst zu wort kommen müßen, nicht die herrschenden oder deren handlanger bei den medien.

unsere empfänger sind im wesentlichen gruppen, kommunikationszentren, linke stadtteil- u. betriebszeitungen, jugendzentren, buchläden u.ä. die als multiplikatoren unsere nachrichten weiterveröffentlichen. aber darüber hinaus werden wir versuchen arbeitsformen zu finden, die es möglich machen die gegeninformationen auch unter dem teil der bevölkerung zu bringen, der zur zeit keine andere alternative zu bürgerlichen medien hat.

wir sind unter dieser adresse schriftlich und telefonisch zu erreichen und können bei vorformulierten berichten auch auf band aufzeichnen.

BERLIN (ID) 10 JAHRE FÜR HEINZ JANSEN

22. november 73 am montag, 11.11., forderte der staatsanwalt nagel 12 jahre knast für ihn wegen zweier angeblicher mordversuche und widerstands gegen die staatsgewalt in einem besonders schweren fall. für nagel war alles klar, was den tatablauf und den täter angeht, die belastungszeugen vor allem auch ruhland, waren höchst glaubwürdig. überhaupt handele es sich bei jansen zwar um jemanden, der durch tragische verstrickungen und verführung in diese gesellschaftsfeindlichen kreise (gemeint ist die raf) geraten sei, sich dann aber zu einem gemeingefährlichen gewalttäter entwickelt habe, den eine erhebliche kriminelle energie auszeichne, so daß die gesellschaft vor ihm geschützt werden müsse. er habe eine verhängnissvolle entwicklung in gang gesetzt, die zu mehreren toten geführt habe.

dabei ist im prozeßverlauf nicht nachgewiesen worden, ob heinz jansen am tattage überhaupt in der fuggerstraße, dem tatort, gewesen ist. daß er bei seiner festnahme in nürnberg zusammengeschlagen wurde, ist dann schwerer widerstand, die verteidigung fordert deshalb freispruch.

die anklagepunkte kriminelle vereinigung, banküberfall und der kleinkram, waren vor zwei wochen durch das gericht vom verfahren abgetrennt worden, denn bei einem jansen, der wegen mordversuch zu hoher strafe verurteilt worden ist, kann man die restlichenanklagepunkte fallen lassen und sich die scherereien eines langwierigen prozesse ersparen.

heinz jansen selbst ist seit anfang oktober von der verhandlung wegen störungen ausgeschlossen, weil er sich weigerte, am prozeß teilzunehmen und dieses theater mitzuspielen.

am 19. sollte eigentlich das urteil verkündet werden, doch kam am 14. ein antrag der verteidigung durch, heinz brockmann als zeugen zu vernehmen. dieser war vor einem halben jahr in berlin verhaftet worden und soll nach zeitungsberichten ein umfangreiches geständnis abgelegt haben, in dem er entstehung, ausbreitung und tätigkeit mehrerer anarchistischer gruppen in der brd und westberlin ab mai 1970 dargelegt habe und so etliche straftaten von "anarchistischen gewalttätern" aufgeklärt habe - der neue kronzeuge nachdem man mit ruhland nicht mehr viel machen kann.

22.11. urteil: 10 jahre!!

heinz jansen ist seit 22. dezember 1970 in untersuchungshaft. im zusammenhang mit der fahndung nach der roten-armee-fraktion wurde auch heinz jansen als angebliches mitglied der raf gesucht. er soll sich außerdem an einem bankraub in berlin beteiligt haben und am 31.8.70 in berlin auf polizeibeamte geschossen haben. er wurde 3 tage nach ruhlands verhaftung festgenommen. der prozeß gegen ihn hat am 20.9.73 angefangen (seine erklärung zum prozeß in ID nr. 5).

BERLIN (ID) SCHIKANEN GEGEN PÄDAGOGEN IM KINDERHEIM ZEHLENDORF

20. november das elisabeth-weiske-heim für geistig und körperlich behinderte kinder war im april dieses jahres eröffnet worden. als einzige einrichtung für kinder der altersstufe bis 18 jahren sollte das heim auch in der pädagogischen therapeutischen betreuung ein musterbeispiel für berlin werden. die mitarbeiter wurden mit dem versprechen der teamarbeit angeworben. die teamarbeit war jedoch nicht nur ein pädagogisches konzept, sondern erwies sich schon bald als notwendig um überhaupt eine sinnvolle betreuung der kinder zu ge-

währleisten. eine gruppenarbeit unter beteiligung aller mitarbeiter bot die möglichkeit, auch nicht qualifizierte hilfskräfte, die einen großen teil des betreuungspersonals ausmachen, anzulernen und wichtige informationen über die kinder auszutauschen.

im laufe der sechsmonatigen arbeit ergriffen die mitarbeiter immer mehr die initiative, da der heimleiter als einzelperson mit der erfüllung sämtlicher aufgaben überfordert war. im einverständnis mit der heimleitung und der drk-hauptverwaltung gründeten die 34 mitarbeiter feste leistungsgruppen, in denen die kinder unter anleitung von erziehern intensiv betreut wurden. sie arbeiteten gemeinsam ein pädagogisches konzept aus und bildeten ausschüsse mit bestimmten aufgabenbereichen. zusätzlich zu regelmäßigen dienstbesprechungen und mitarbeiterversammlungen, die oft drei abende in der woche einnahmen, wählten die mitarbeiter einen koordinationsausschuß, der die verbindung unter den gruppen und zum heimleiter erstellen und die personalangelegenheiten, wie bei der aufnahme neuer kinder mitentscheiden sollte.

erste spannungen deuteten sich jedoch an, als die personalabteilung die einstellung einer vom koordinationsausschuß vorgeschlagenen psychologin ablehnte. zum endgültigen krach kam es, als die mitarbeiter die letzte stufe der hierarchie abbauen wollten. in abwesenheit des heimleiters beschlossen sie, die leitung einem siebenköpfigen leitungskollektiv zu übertragen. in diesem kollektiv sollte auch der bisherige heimleiter vertreten sein. er wurde nach seiner rückkehr aus dem urlaub ebenso wie die drk-hauptverwaltung von dem beschluß der mitarbeiterversammlung informiert. noch bevor es jedoch zu einer aussprache kam, erhielten die drei mitarbeiter absolutes hausverbot. als einer von ihnen seine persönlichen sachen aus dem heim holen wollte, wurde ihm mit der polizei gedroht. die drk-verwaltung ließ verlauten, daß sie im augenblick keinen kontakt zwischen den drei mitarbeitern und ihren kolleginnen wünsche.

ein sozialarbeiter erhielt inzwischen die aufforderung, sich in ein altenheim versetzen zu lassen. auch der im heimleiterkollektiv gewählte erzieher wird wahrscheinlich nicht weiter beschäftigt werden, da er sich von dem beschluß der mitarbeiterversammlung nicht distanzieren wollte.

esgibt im elisabeth-weiske-heim augenblicklich keine voll ausgebildete erzieherkraft. das gesamte pädagogische konzept der mitarbeiter droht zu verfallen. zwar sollen die freiwerdende stellen so schnell wie möglich neu besetzt werden, doch sind die technischen gruppen auseinandergerissen, und die persönlichen beziehungen der kinder zu den kontaktpersonen gestört.

trotz der empfehlung der drk-hauptverwaltung, die autorität des heimleiters anzuerkennen, haben sich die mitarbeiter des heimes mit ihren kollegen solidarisiert. sie fordern die fortführung des pädagogischen konzepts und die rücknahme des hausverbots für die drei gekündigten mitarbeiter.

BERLIN (ID/WESTBERLIN)

UNZUREICHENDE MEDIZINISCHE BETREUUNG VON STRAFGEFANGENEN

20.november 1973 entnommen aus dem brief hans s. vom 1.8.73 an den petitionsausschuß des berliner abgeordnetenhauses.

"es geht um die medizinische betreuung eines jugoslawen, den wir hier nicht behandeln wollen, manfred mehtner, der noch leben könnte, wenn der arzt nicht gepennt hätte. (was sogar die bürgerliche presse festgestellt hat. wenn nämlich herr dr. borz die sofortige und bei schädelverletzungen übliche einlieferung angeordnet hätte. herr dr. borz aber stellte den gefangenen als simulaten hin, er erkannte selbst auf dringliche bitte des gefangenen krestan, der die schlägerei mit mehtner hatte, nicht, in welche gemeingefährliche lage durch den praktizierten strafvollzug krestan geraten war. krestan hatte in mehreren briefen sowohl an dr. borz, wie an dr. hiob, der leiter der psychiatrischen anstalt tegel, berlin, in briefen und gesprächen darum gebeten, auf die neurologische station verlegt zu werden, da er genau seinen gemütszustand kannte. das war nicht erfolgt, die schlägerei hatte die schädelverletzung zur folge, mehtner starb.

inzwischen ist eine untersuchung der sache angeordnet worden, wie langsam die arbeiten und was dabei rauskommt hängt von unserem interesse und unserem nachfragen ab. zumindest kann man feststellen, daß es sehr gefährlich ist, wenn nicht lebensgefährlich, in berlin in der strafanstalt tegel zu sitzen. noch schlimmer muß es für leute sein, die gar kein deutsch können.

sein wissen über das haus kann man z.b. erweitern, wenn man aufmerksam den "lichtblick" verfolgt: wörtlich:

ein blick in den keller der "pn" (psychiatrischen neurologischen)

zwei beruhigungszellen dienen dazu, besonders renitente personen zur räson zu bringen. ohne zweifel notwendig, aber muß es sein, daß die dort untergebrachten patienten auf den schmutzigsten matratzen des hauses und ebensolchen decken, in oft unbekleidetem zustand, meist mehr als eine nacht verbringen müssen?

ein kübel in der ecke dient als sanitäre einrichtung - das essen wird da serviert wo sich matratzen, decken und kübel befinden - auf dem fußboden! - als ein etwas ungewöhnlicher komfort entpuppt sich auch die klimaanlage (heizung) dieser zellen, sie hat den vorzug, daß man mit ihr (erst kürzlich installiert und sicher nicht billig) sehr schnell die temperaturen verändern kann. eine fragwürdige und wahrhaft erschreckende beruhigungstherapie. der chefarzt , nach dem erfolgt befragt, hob hervor, daß die zahl der selbsttötungen "fast auf null" zurückgegangen sei."

BERLIN (ID) ARABISCHE AUTOMIETER MÜSSEN DENUNZIERT WERDEN

19. november 1973 "der polizeipräsident in berlin, abteilung I - an alle verleiher von kraftfahrzeugen im citybereich

sehr geehrte damen und herren,

auf hiesiger dienststelle wird z.zt. ein ermittlungsvorgang gegen anbehörige arabischer staaten bearbeitet.

in diesem zusammenhang ist nicht auszuschließen, daß arabische staatsangehörige auch personenkraftwagen anmieten, um damit strafbare handlungen zu begehen.

sollte daher in ihrem geschäftsbereich der fall eintreten, daß von einem oder mehreren arabern - gleich welcher staatsangehörigkeit - kraftfahrzeuge angemietet werden, so ist gegen eine abwicklung dieses geschäftes von hier aus nichts einzuwenden.

für hiesige dienststelle wäre es jedoch von großer wichtigkeit, wenn sie danach die namen der anmieter und die kennzeichen der vermieteten kraftfahrzeuge unter der telefonnummer 691 091 app. 2572 oder 2573

außerhalb der normalen dienstzeiten/ 691 091 app. 2514 oder 2515. unverzüglich mitteilen würden.

wir bitten sie, diese maßnahme bis auf widerruf durchführen zu wollen."

BERLIN (ID) ERSTES INTERNATIONALES FRAUENTREFFEN MIT FILMEN VON FRAUEN ÜBER FRAUEN

18. november 1973 filmemacherinnen aus den ländern usa, norwegen, dänemark, england, italien, frankreich und der brd, frauen in funk, fernsehen und presse und frauengruppen (221 teilnehmer) trafen sich vom 15.11. - 18.11., um gemeinsam zu diskutieren.

es gab 45 filme. das seminar hatte folgende themen:

frauen im arbeitskampf; in der darstellung der medien; frauen und der § 218, sexualität, rollenverhalten; frauenbewegung in europa und den usa.

als ergebnis der diskussionen wurde festgehalten, daß frauengruppen, filmemacherinnen und frauen in den medien in zukunft eng zusammenarbeiten wollen. ein katalog der frauenfilme wird von den veranstaltern im anschluß an dieses seminar veröffentlicht.

die frauengruppen, filmemacherinnen und die in den medien arbeitenden frauen wollen gemeinsam dafür sorgen, daß

frauensendungen aus ihrem nachmittagsghetto befreit werden und ins abendprogramm kommen; der öffentlichkeit bewußt wird: frauenprobleme sind politische probleme: deshalb gehören frauenprobleme in politische sendungen, z.b. auch in die tagesschau; immer mehr frauen in den medien, in allen bereichen und funktionen arbeiten können; die massive diskriminierung von frauen in der werbung aufhört; mit gesetzlichen mitteln die aufteilung der stellenangebote in "männlich und weiblich" abgeschafft wird; fälle wie der der amerikanerin karen bixler in zukunft in den medien nicht mehr totgeschwiegen werden.

aus dem protokoll der plenumsdiskussion:

1. folgende resolution wurde verabschiedet:

die teilnehmerinnen des berliner filmeseminars protestieren gegen die absicht des berliner senats, das einzige kinderkrankenhaus in charlottenburg zu schließen; sie fordern die einrichtung einer poliklinik in bethanien.

weiter erklärten die teilnehmerinnen sich bereit, eine briefaktion für drei wegen ihres gemeinsam verfaßten buches (das buch wird übersetzt) angeklagte portugiesische schriftstellerinnen ("drei marias") finanziell zu unterstützen.

2. in der diskussion der filme wurde hervorgehoben, daß sie geeignet seien, frauen zur durchsetzung ihrer interessen zu ermutigen. andererseits hätten die filme bereits bekannte argumente wiederholt, ohne auf das selbstbestimmungsrecht der frau einzugehen.

zweitens kritisierte man die beschränkung der filme auf die abtreibung als solche; ebenfalls wichtig sei die behandlung der probleme, die mit der erziehung eines ungewollten kindes verbunden seien, wie angst der frau vor der empfängnis, der krankheit, dem arzt.

drittens wurde die gefahr bzw. tatsache der manipulation genannt, die mit der verfilmung zusammenhänge. sie wurde verdeutlicht am beispiel des films "wen schützt der § 218"; die filmerin habe sich einer hamburger frauengruppe als vertreterin der ersatzlosen streichung vorgestellt, die frauen hätten daraufhin bei der verfilmung mitgewirkt - ohne bezahlung - um bei der vorführung des films festzustellen, daß wesentliche passagen herausgeschnitten worden seien. falsch sei es allerdings, aus diesen erfahrungen den schluß zu ziehen, daß mit den etablierten medien nicht gearbeitet werden dürfe; es gehe lediglich darum, sich mit den tatsächlichen wie juristischen (presserechtlichen) gegebenheiten der medien in den einzelnen frauengruppen intensiv zu befassen. diesem zweck könne vor allem ein ständiger kontakt zwischen den frauengruppen und den in den medien tätigen frauen dienen.

bei der frage, welche zielgruppen von filmerinnen angesprochen würden, stellte man fest. daß die politisch interessierten frauen vergleichsweise zu sehr, die politisch noch gleichgültigen zu wenig beachtet würden.

3. eine teilnehmerin forderte die frauengruppen auf, für das von der uno 1975 geplante jahr der frau einen film zu machen und sich rechtzeitig um die finanzierung zu bemühen. die uno hat den mitgliedern gelder zur verfügung gestellt für die förderung der frau. teile dieser gelder sind dem schulbuchinstitut in braunschweig überwiesen worden für eine revision der darstellung der frau in bundesrepublikanischen schulbüchern.)

die veranstalterinnen hatten vertreter der dgb-frauengruppen eingeladen. sie sind nicht erschienen.

die teilnehmerinnen forderten den senat von berlin und den bund auf, künftig seminare wie dieses finanziell zu unterstützen.

veranstalter waren:

freunde der deutschen kinemathek e.v. in zusammenarbeit mit der evangelischen konferenz für kommunikation in frankfurt; veranwortlich für konzeption und durchführung waren die filmemacherinnen claudia alemann (frankfurt) und helke sander (berlin).

das frauenfilmseminar wird vom 24. - 25. november in frankfurt wiederholt.

MAINZ (ID) POLIT-FILMTAGE

23. november 1973 das asta-kulturreferat zeigt vom 28.november bis 1. dezember 1973 in zusammenarbeit mit deutschen und französischen filmschaffenden filme über exemplarische kämpfe in frankreich von '68 bis '73 unter dem motto: "vertrauen in die eigene kraft".

vor den filmen laufen einführungereferate, anschließend diskussionen. französische genossen und filmer werden für das wochenende erwartet.
anfang täglich 19.30 uhr in uni mainz, audi max.

NÜRNBERG (ID) HERR SAUBER VERBIETET SAMMLUNG FÜR FORDARBEITER

15. november 73 die gruppe solidarität in nürnberg hatte die erlaubnis für die durchführung einer straßensammlung, besonders vor den werkstoren von MAN beantragt. die ablehnung der stadt nürnberg hat es in sich, wie der folgende ausschnitt aus dem ablehnungsbescheid zeigt:

" stadt nürnberg
referat für rechts- und ordnungsverwaltung
....
.... als sammlungszweck haben sie angegeben, daß der ertrag zur unterstützung der entlassenen ford-arbeiter bei der wohnungs- und arbeitssuche, zum rechtschutz und als finanzielle überbrückung dienen soll.
.... nach artikel 2, abs. 1 nr. 1 des bayerischen sammlungsgesetzes ist die erlaubnis zu versagen, wenn durch die sammlung selbst, durch die verwirklichung des sammlungzwecks oder durch sonstige verwendung des sammlungsertrags die öffentliche sicherheit oder ordnung gestört werden kann. den von ihnen einzusetzenden sammlern sind bei ihrer spendenwerbung auf den angegebenen plätzen die den sammlungszweck billigenden personen naturgemäß nicht bekannt. sie werden sich daher auch an teile der bevölkerung wenden, die den bestrebungen ihrer gruppe kein verständnis entgegenbringen.
je nach dem standort des vermeintlichen oder tatsächlichen spenders ist nicht auszuschließen, daß die sammlungstätigkeit in der öffentlichkeit zu auseinandersetzungen und letztlich zu verstößen gegen die öffentliche sicherheit und ordnung führen kann ....
da die versagung einer sammlungserlaubnis bei vorliegender vorstehend aufgeführten umstände vorgeschrieben ist, war zu entscheiden, wie geschehen.

hochachtungsvoll
gez. dr. sauber (berufsm. stadtrat)"

COESFELD (ID) VERHANDLUNGEN FÜR EIN JUGENDZENTRUM
(presseerklärung des arbeitskreises jugendzentrum)

12. november 1973 der arbeitskreis jugendzentrum traf sich am vergangenen donnerstag in der spd-geschäftsstelle zu seiner dritten sitzung. tagesordnungspunkt war der gegenwärtige stand der verhandlungen für das jugendzentrum (raum münster). hier die augenblickliche situation:

die zusagen und versprechungen vom 22.8., dem tage der demonstration für das jugendzentrum, sind durchweg nicht eingehalten und erfüllt worden. vielmehr ist die teestube coesfeld ohne ankündigung und ausreichende begründung von sozialarbeitern geschlossen worden. die coesfelder jugendlichen stehen wieder "auf der straße". hoffnungen auf baldige einrichtung der versprochenen und in der presse angekündigten zwischenlösung "ausbau teestube" sind unbegründet. ebenso ist nach dem augenblicklichen stand der dinge die erstellung einer "endlösung jugendzentrum" auf die dauer von 3-4 jahren nicht zu erwarten. die als standort von der spd-fraktion vorgeschlagene ehemalige gemeindeverwaltung ist auf ihre tauglichkeit bisher in keiner weise geprüft worden. die zugesagten 50.000 dm sind bis auf weiteres zurückgestellt worden. eine unterstützung der jugendlichen durch den sozialarbeiter ist nicht gegeben. der caritas-verband coesfeld, der träger der teestube, ist ebenso wie herr lindemann nicht gewillt, den eigentlichen sinn der teestube, die drogenberatung, mit dem sinn einer vorübergehenden auffangstelle für die jugendlichen zu koppeln. beide erkennen die probleme der coesfelder jugendlichen nicht in ihrem vollen umfang. der arbeitskreis jugendzentrum wird als vertretung der jugendlichen von den offiziellen stellen nicht anerkannt, seine arbeit

wird durch informationsmangel erschwert. kontakt des arbeitskreises zu der allgemeinheit der jugendlichen ist trotz bemühungen des arbeitskreises nicht zustande gekommen. die allgemeine passivität der betreffenden jugendlichen schadet der arbeit des arbeitskreises erheblich. die stadtverwaltung führt die nötigen verhandlungen nicht konsequent genug. die coesfelder bürger haben durch ihre haltung dem problem jugendzentrum gegenüber, jedem jugendlichen ins gedächtnis zurückgerufen, in einer kleinstadt zu leben. bewohner der häuser in nähe des teestube drohen mit auszug, klagen über eine nicht ertragbare lärmbelästigung. gerüchte, von wem auch immer in die welt gesetzt, entlarven die teestube als "bummsbude", "rauschgiftumschlagplatz" und ähnliches. der arbeitskreis jugendzentrum weist diese behauptungen auf das entschiedenste zurück, und führt sie auf die "kleinstadtmentalität" einiger bürger zurück. die möglichkeit diesen "rauschgiftumschlagplatz" einmal von innen anzusehen, bestand für jeden bürger, wurde bis auf wenige ausnahmen aber nicht genutzt. der vermieter der teestube wehrt sich gegen das bestehen der teestube in seiner jetzigen form heftig. gründe hierfür sind die oben genannten drohungen der mieter der umliegenden häuser, die ebenfalls ihm gehören. die von den mietern genannten lärmbelästigungen stellen fahrräder, mofas und gespräche im innenhof der teestube dar. ohne das einverständnis des vermieters wird es die zwischenlösung teestube nie geben.

angesichts dieser situation schlägt der arbeitskreis jugendzentrum folgende lösung vor:

eine lagerhalle der stillgelegten textilfabrik kolck an der bahnhofstraße mit den schon bewilligten 50.000 dm und der aktiven mithilfe der jugendlichen als übergangslösung einzurichten, die geplante sanierung der fabrik erst dann vorzunehmen, wenn das längst schon in den besitz der stadt übergegangene "haus paß" endlich als jugendzentrum ausgebaut ist.

weiterhin sollte die bald fällig werdende räumung des hauses paß mit der notwendigen eile vorangetrieben werden. hierzu müssen allgemeininteressen vor einzelinteressen gestellt werden. im übrigen sollten weitere vorschläge zur lösung des problems "zwischen- und endlösung" ohne rücksicht auf ihren ursprung geprüft werden.
die coesfelder bürger sollten den problemen endlich einmal mit toleranz und nicht mit vorurteilen begegnen.

um dem mangelnden kontakt zwischen jungendlichen und arbeitskreis entgegenzuwirken, veranstaltet der arbeitskreis in den nächsten tagen ein öffentliches hearing.

auszüge aus dem brief des coesfelder august-kollektivs:

"der erste schritt des kollektivs - im august 73 gegründet - war, die aktivierung der jugendlichen in coesfeld einzuleiten. 3-4 tausend jugendliche mußten angesprochen werden, um einer von uns organisierten demonstration für ein jugendzentrum den nötigen ausdruck zu geben. 6000 flugblätter wurden gedruckt und verteilt - der erfolg war umwerfend: bei strahlendem sonnenschein (lacht nicht) 200 jugendliche erschienen am angegebenen treffpunkt, obwohl alle flugblätter an schulen, betrieben und in der stadt verteilt worden waren. dennoch bekam die demonstration den nötigen rahmen und atmosphäre. wir hatten einige tage vorher den stadtrat aufgefordert, eine abrodnung der jugendlichen zu empfangen. dies geschah. im sitzungssalle dann blieb es trotz energischer einsprüche unsererseits einige zeit beim bekannten blabla, dann jedoch vernahmen wir im ersten stock des rathauses megaphonrufe und erheblichen lärm. unmut hatte sich bei den versammelten jugendlichen breit gemacht. kurz gesagt wurde das rathaus eingenommen, vor der tür des sitzungssaales ein sit-in veranstaltet. die bullen, bei uns hier mit demonstrationen nicht vertraut, standen unschlüssig herum und leisteten keine gegenwehr.

jedoch änderte sich die stimmung im sitzungssalle binnen einer halben stunde hatten wir was wir wollten, verbindliche aussagen über die fertigstellung eines jugendzentrums in selbstverwaltung; bis zu diesem termin ein e übergangslösung.

ein von uns mitgeschriebenes protokoll waren die herren so nett ohn umschweife zu unterzeichnen. zwei tage vor dem zugesicherten termin für den umbau des oberen stockwerkes einer drogenberatung mit teestube wurde diese ohne ankündigung vom sozialarbeiter geschlossen."

MÜNSTERLAND/COESFELD(ID) WEITERE POLIZEIAKTIONEN GEGEN KRIEGSDIENST-VERWEIGERER

- ID nr.12: hausdurchsuchung bei der deutschen friedensgesellschaft/ internationale der kriegsdienstverweigerer in hannover -

15.11.73 im märz dieses jahres erstattete das wehrbezirkskommando 3 (wbk) bei 14 staatsanwaltschaften anzeige wegen angeblich "unerlaubter rechtsberatung" gegen kriegsdienstverweigerer, da " es nicht angehe, kriegsdienstverweigerern in repititoriumsähnlichen veranstaltungen gewissensgründe einzupauken, um als kriegsdienstverweigerer anerkannt zu werden".

diesen 14 anzeigen sind durch die zuständigen stellen folge geleistet worden. seit einigen wochen verhört das k-14 münster (pol.polizei) in den kreisen ahaus, borken, coesfeld und münster kriegsdienstverweigerer.

laut aussage eines ahauser kripo-beamten ist die steigende zahl von kriegsdienstverweigerern der hintergrund der aktion, deren ziel es sei, den rädelsführern den prozess zu machen. um dieses ziel nun zu erreichen benutzen die beamten des k-14 alle ihnen zur verfügung stehenden mittel. der erste schritt ist ein "besuch" im elternhaus des betroffenden, oder eine vorladung ins zuständige polizeipräsidium. die reaktion der eltern auf einen solchen"besuch"liegt klar auf der hand. haben die beamten den weg der vorladung gewählt, so erwartet den vorgeladenen ein interessantes schauspiel. über einlullungs- und einschüchterungsversuchen, bis hin zu wüsten beschimpfungen werden alle tricks angewandt. z.b. (aus einem gedächtnisprotokoll eines der vernommenden) polizeibeamter x:"sie argumentieren wie die nazis!...so etwas haben wir ja gerne:leute die alle rechte ausnutzen! was hätten leute wie sie wohl in der nazizeit gemacht, frage ich mich?" - reaktion auf die aussageverweigerung des vorgeladenen.auch wurde den vorgeladenen keine einsicht in die akten gewährt. das k-14 war im übrigen genauestens über parteizugehörigkeit und engagement in jugendverbänden informiert.

bisher erfolgte vernehmungen im raum münster: coesfeld -2; gescher -1; holtwick -1; münster - ca.3; stadtlohn -11.

REUTLINGEN(ID) TÖDLICHE SCHÜSSE AUS EINER "DIENSTPISTOLE"

in der nacht zum 12.11 wurde in reutlingen der 21-jährige horst gewitsch aus metzingen erschossen. gewitsch hat versucht in die gebrauchtwagenhalle der firma max u. moritz (vw-vertretung) einzubrechen.in der erklärung der kriminalpolizei und staatsanwaltschaft steht es so, daß er bei dem einbruch überrascht und in der halle von beamten mit dem ruf: "halt, polizei, stehenbleiben! zum halten aufgefordert.und dann:"nach angaben der beteiligten polizeibeamten duckte sich der einbrecher auf diesen anruf hin und drehte sich gleichzeitig zu einem in drei meter entfernung stehenden polizeibeamten hin und nahm nach dessen auffassung eine angriffshaltung ein. dieser polizeibeamte fühlte sich dadurch direkt bedroht und schoß deshalb mit seiner dienstpistole auf den einbrecher, den in der dunkelheit in dessen umrissen erkannte." horst gewitsch wurde in den linken arm und in die brust getroffen und war sofort tot.

bis ende september wurde in verschiedenen zeitungen über 10 ähnliche diensthandlungen (!) berichtet.

SINDLINGEN(ID) ED KORRESPONDENT ALS PRÜGELKNABE

letzte woche wurde der korrespondent des berliner extradienstes zum zweiten mal innerhalb von vier wochen während des prozesses gegen astrid proll und marianne herzog von justizbeamten angegriffen. das erste mal stieß man ihn die treppe hinunter, diesmal schlug ihm der beamte nr. d 1 voll in den magen. beides mal hatte sich b. als journalist ausgewiesen. beim ersten bewaffneten überfall vor augen des hohen gerichts erstattete er anzeige, diesmal hatte sich polizeihauptkommissar g. klien-eidstädde vorsorglich für seinen ausgeflippten kollegen entschuldigt: "wissen sie, wo gehobelt wird, fallen auch späne."

FRANKFURT (ID) VERGLEICH AMENDT - SPRINGER

23. november 1973 im sommer 1972 wurde günter amendt in einem rechtskräftigen beschluß des bundesgerichtshofes (bgh) verurteilt, für die schäden aus der frankfurter antispringerdemonstration ostern 1968 aufzukommen. die frankfurter societätsdruckerei hatte als schäden der osterdemonstration ca. dm 72.000 eingeklagt, die günter amendt, der als einzelner aus der masse tausender demonstranten herausgegriffen wurde, zahlen sollte.

als antwort auf das bgh-urteil gegen günter amendt wurde das komitee solidarität mit günter amendt gegründet, das zu einer spendenaktion aufrief.

heute ist ein vergleich mit der frankfurter societätsdruckerei rechtsgültig zustande gekommen. amendt zahlt eine vergleichssumme von 30.000 dm, gerichtskosten werden geteilt. die druckerei macht keinerlei ansprüche mehr gegen amendt.

"obwohl durch den vergleich der frankfurter springer-auftragsdruckerei ein betrag von dm 30.000 zufällt, der von der linken in der brd aufgebracht wurde, halten wir die sammelaktion und den vergleich nach wie vor für richtig, denn nur so konnte in einer solidarischen aktion verhindert werden, daß springer ein abschreckendes exempel gegen einen einzelnen genossen statuieren konnte." - schreibt das komitee.

FRANKFURT (ID) DER WAHRE ANTON IM TAT
23. november 73

anläßlich der lehrlingstheaterwoche spielt am 26. november die kölner theatergruppe "der wahre anton - rhein-ruhr-industrie-theater" im theater am turm. ihr stück heißt "streik", und es werden in ihm hauptsächlich die erfahrungen beim fordstreik, während dem sie für die streikenden gespielt haben, verarbeitet. am 27. november spielen sie in stuttgart im "laboratorium" und kommen dann am 1. dezember wieder nach frankfurt, um an der universität zu spielen. sie machen auch noch eine vorstellung in rüsselsheim, am 2. dezember in der stadthalle. zu diesen vorstellungen kommen voraussichtlich auch die kölner straßenmusikanten und dieter heinert aus dem ford-streikkommittee.



aus: "libération"

AUSLAND

GRIECHENLAND (ID/LIBERATION/ED)
23. november 73 WIDERSTANDSKAMPF GEGEN DIE JUNTA

dem offenen aufstand griechischer studenten und arbeiter gingen am sonntag, dem 11. november die demonstrationen tausender griechischer bürger am grabe des vor 5 jahren verstorbenen ehemaligen ministerpräsidenten papandreou voraus. während des prozesses gegen 17 in diesem zusammenhang verhafteten personen kam es zu für das regime entlarvenden zwischenfällen; ein mann war angeklagt, während der demonstration "nieder mit dem faschismus" gerufen zu haben. der zeuge der verteidigung, ex-minister mavros, solidarisierte sich vor gericht mit diesem satz und forderte seine verhaftung. mavros konnte den gerichtssaal jedoch als freier mann verlassen, während der angeklagte verurteilt wurde. diese ereignisse machten vielen griechen klar, daß das regime, das sich seit dem referendum vom 29. juli um den anschein von demokratie bemüht, genauso faschistisch ist wie vorher. dieser einsicht folgten die widerstandsaktivitäten, die am freitagabend offen einsetzten.

ein augenzeuge berichtet: "die ereignisse haben am freitag, den 16. november, gegen 18 uhr begonnen, als demonstranten, die sich um die technische universität gesammelt hatten, versuchten, sich zum platz der verfassung zu begeben. dort begannen die ersten zusammenstöße zwischen der polizei und den demonstranten. am omoniaplatz und in den straßen zum großmarkt kommt es zu regelrechten schlachten: auf den strassen lagen später viele tote und schwerverletzte. polizei und militär haben straßensperren aufgebaut und tränengas eingesetzt. schließlich sind rund 20.000 menschen im zentrum athens. innerhalb kurzer zeit ist die hauptstadt eine hölle von rauch, tränengas und feuer, das an verschiedenen orten angezündet wurde, um die vorrückenden panzer zu stoppen." - die panzer, die wenige stunden später gegen die technische universität vorrückten.

ein augenzeuge: "die panzer fuhren aus drei richtungen auf die technische hochschule zu. um 1.20 uhr haben sie die th bereits eingekreist. die menschen, die sich hinter dem zaun aufhalten, rufen den soldaten und polizisten zu: wir sind eure brüder, wir sind ohne waffen. die panzer richten die rohre gegen die hochschule, die studenten singen die nationalhymne, ihre sender geben parolen bekannt. um 2.45 uhr hat es eine kurze pause des senders gegeben. um 2.55 uhr fordert ein höherer polizeioffizier die studenten auf, das gebäude zu verlassen. um 2.57 uhr hat ein panzer das eiserne tor eingefahren, und soldaten mit aufgepflanztem bajonett sind in die räume der th eingedrungen. die studenten kamen mit erhobenen händen heraus."

am samstagmorgen bieten die straßen athens das bild eines schlachtfeldes: zerstörte autos und busse, beschädigte hausfassaden und demolierte geschäftsauslagen. um 11.30 uhr werden für athen und saloniki, später für das ganze land der belagerungszustand erklärt. um 13.10 wird die pressezensur eingeführt: mehrere zeitungen, wie die regimekritischen blätter "vima" und "athen news" verweigern aus protest ihr erscheinen. weitere maßnahmen des kriegsrechts treten in kraft: ansammlungen von mehr als 5 personen unter freiem himmel werden verboten, ebenso versammlungen in geschlossenen räumen, sowie fußballspiele, der besitz von waffen und jegliche form "antinationaler propaganda". verboten ist weiterhin: die aufnahme von gästen, das betreiben von amateursendern sowie hamsterkäufe. zuwiderhandelnde sollen vor militärgerichte gestellt werden.

bis sonntagabend lieferte die bevölkerung der polizei und dem militär offene gefechte in den straßen athens. aufschriften auf mauern und appelle der piratensender riefen sonntagabend zum generalstreik auf. die bauarbeiter, die schon immer eine avantgarde-rolle in griechischen kämpfen einnehmen, sind montag früh in streik getreten und haben im stadtzentrum demonstriert. gegen mittag haben sie sich gegen elite-einheiten des militärs (marine und fallschirmspringer) und spezialeinheiten der polizei gestellt.

montag früh waren die geschäfte im zentrum geschlossen, und mehrere radiosender riefen weiter zum generalstreik und aufstand auf. am nachmittag in einem arbeitervorort fand eine wichtige versammlung statt, um dem ersten von der junta erlaubten begräbnis beizuwohnen. es handelte sich um die begräbnisfeierlichkeiten eines 4 jahre alten jungen, der in den ersten stunden der zusammenstöße getötet worden war.

nach mehreren tagen erbitterten kampfes gegen das regime schätzt das büro der panhellenischen befreiungsbewegung in rom 200 tote und ungefähr 2000 verletzte.

am dienstag herrschte ruhe in athen, die friedhofsruhe der faschisten, geschützt von der 6. flotte der amerikaner im mittelmeer, die in alarmbereitschaft versetzt wurde. ein flugzeugträger befand sich in dem moment, als die panzer gegen die demonstranten vorrückten, im hafen von piräus.

nach offiziellen quellen wurden nach den kämpfen um die th 224 personen festgenommen, in wirklichkeit ist die zahl der verhafteten aber viel höher als offiziell zugegeben wird. wie in santiago werden die während der polizeirazzien festgenommenen in große stadien gebracht. auch aus saloniki werden massenverhaftungen gemeldet: seit sonntag wurden dort annähernd 1000 personen verhaftet. ein sondermilitärgericht in athen und andere militärtribunale im ganzen land bereiten die aburteilung von demonstranten und teilnehmern an widerstandsaktionen vor. 5 arbeiter wurden bereits unter der anklage, die "sicherheit und ordnung des landes" gestört zu haben, zu 4 jahren gefängnis verurteilt. gewerkschaftler und mitglieder der kp, die im zuge der generalamnestie vom 19. august begnadigt wurden, sind von neuem verhaftet worden.

in der brd fanden mehrere demonstrationen in der vergangenen woche statt: in frankfurt zogen etwa 6.000 leute, unter ihnen viele griechische emigranten, vor der griechischen botschaft vorbei.

CHILE (ID)
23. november 73

ZUR LAGE - ERSTE ANZEICHEN VON REORGANISATION

die politik der junta in chile bietet mit ihrer kombination von verschärfter ausbeutung, blutiger repression und propaganda ein musterbeispiel für einen konsequent geführten klassenkampf von oben. im mittelpunkt steht die wirtschaftspolitik, die eine rasche umverteilung des einkommens zugunsten der besitzenden schichten auf kosten des realeinkommens der arbeitenden bevölkerung zum ziel hat. um ihre verantwortung für den raub an kaufkraft zu vertuschen, beruft sich die junta auf die planung der regierung allende - der sie sonst eine chaotische wirtschaftsführung vorwirft: solange die junta die preiskontrollen noch beibehielt, sprach sie von einer voraussichtlichen jahresinflationsrate von 500 % und wies darauf hin, dieses ausmaß der geldentwertung sei bereits von der unidad popular eingeplant worden. kaum hatte man die preiskontrollen abgeschafft, zwang die reale entwicklung dazu, eine inflationsrate von 1000% anzukündigen - und wieder hielt sich das angeblich im rahmen der planung der gestürzten regierung. heute spricht man von 1600% - und auch das hat die UP seit langem eingeplant und akzeptiert, wenn man der regierung glauben soll.

die einkommen der bevölkerung bleiben weit hinter der inflationsrate zurück, so daß das realeinkommen auf ein bruchteil des zuletzt unter allende ausgezahlten betrags schrumpft. dies ist nicht etwa eine unerwünschte nebenwirkung, sondern eigentliches ziel der wirtschaftspolitik: "kampf gegen die inflation mit hilfe der marktgesetze" heißt unter den heutigen bedingungen in chile nichts anderes als kapitalakkumulation auf kosten des hungers der unteren einkommensschichten.

aber nicht nur die einkommen der lohnempfänger sinken, es sinkt auch die anzahl der lohn- und gehaltsempfänger selbst mit dem allgemeinen anstieg der arbeitslosigkeit. diese arbeitslosigkeit ist ein ergebnis von nachfrageverfall und produktionseinschränkung, wird aber gleichzeitig als instrument der rache an der chilenischen linken benutzt, indem die betriebsleitung gezielt denjenigen unter ihren lohnabhängigen kündigen, die der UP nahestanden.

da gezieltere repression nur auf der grundlage genauerer information möglich ist, unternimmt die junta jede anstrengung, ihren apparat der denunziation auszubauen. vor drei wochen wurden die letzten drei jahrgänge der reservisten zur armee eingezogen. sie mußten sich bei den militärbehörden melden, wobei nichterscheinen als fahnenflucht galt. die reservisten wurden jedoch nicht zur truppe eingezogen, sondern als wehrverpflichtete an ihre arbeitsplätze zurückgeschickt, wo sie nun dem militärischen system von befehl und gehorsam unterstehen. einer der befehle erlegte ihnen die pflicht auf, periodisch über die verhältnisse am arbeitsplatz bericht an den militärischen nachrichtendienst zu erstatten. da die verweigerung der denunziation nun als befehlsverweigerung und desertion bestraft werden kann, erhofft man sich eine fast lückenlose information über alle personen in chile, ihre politischen meinungen und aktivitäten.
(CHILE-NACHRICHTEN)

in chile ist das erste reale zeichen einer organisierten politischen opposition sichtbar geworden. eine illegale presseagentur, die mit den wichtigsten städten des landes verbunden ist (santiago, valparaiso, antofagasta u.a.), verteilt periodisch abgezogene bulletins mit gegeninformationen über die widerstandsbewegung, die aktivität der putschistischen junta und über das wesentliche, was täglich im lande, zwei monate nach dem militärputsch, geschieht. die bulletins sind fortlaufend numeriert, bis jetzt sind sieben erschienen, und werden den wichtigsten ausländischen presseagenturen in der hauptstadt in den großen zentren des landes zugestellt.

es ist zur zeit noch schwierig, die politische herkunft und die ziele dieser agentur festzustellen. sie nennt sich "arauco", ein bezeichnender name (die araucani waren die alte indio-bevölkerung süd-chiles). einige anzeichen weisen darauf hin, daß an der spitze dieser agentur eine reihe von bestimmten kräften, wie die MIR, die MAPU, die linken sozialisten und die linkskatholiken stehen. sicher ist, daß sich die agentur in den dienst der reorganisierung der widerstandskräfte, der konkreten verbindung und der täglichen politischen ausrichtung stellt. sie ist ein zeichen dafür, daß die normalisierung chiles keineswegs abgeschlossen ist, trotz massaker und der dezimierung der aktivsten kräfte der opposition, und daß ein fester politischer kern an der basis aktiv geblieben ist. es ist die erste bezeichnende durchbrechung der isolierung und der undurchdringlichkeit, in die die putschistische junta das land gestürzt hat.
(wien, internationale presseschau aus der arbeiterbewegung)

BRÜSSEL (PNS/APL/ID) "NEIN ZU BRASIL-EXPORT"-
17. november 73 "SOLIDARITÄT BRASILIEN-CHILE" - DEMONSTRATION

(siehe ID nr. 8)

über 15.000 leute nahmen am samstag, 10. november, an der demonstration gegen die brasil-export-handelsmesse in brüssel teil. sie wurde von über 50 organisationen, gewerkschaften und dritte-welt-gruppen unterstützt und sollte auf die repression aufmerksam machen, die durch das brasilianische militärregime ausgeübt wird. die multinationalen konzerne, deren teilnahme an der messe von den demonstranten angegriffen wurde, sind u.a.: solvay, general motors, fiat, vw, shell und esso. die präsenz von belgischem und luxemburgischem kapital in brasilien läßt sich ambeispiel des von solvay 1971 in die chemische industrie brasiliens investierten kapitals von 3 milliarden belg. francs verdeutlichen.

obwohl die demonstration nicht militant war, verboten bürgermeister und polizei die offizielle abschlußkundgebung. eine hundertschaft polizei wurde eingesetzt, die die demonstranten brutalisierte, ohne von ihnen provoziert worden zu sein, indem sie mit gummiknüppeln, pferden, tränengas und wasserwerfern gegen sie vorging. zehn leute wurden schwer verletzt.

inzwischen gibt es aufrufe verschiedener organisationen, polizei und bürgermeister anzuklagen und diesen neuerlichen angriff gegen die demokratischen rechte (meinungsäußerung, versammlungsfreiheit etc.) zu verurteilen.

BRÜSSEL (APL/ID) FEST IN DER UNTERSTADT

18. november 73 brief eines korrespondenten:

"vergangenen sonntag trafen sich 300 bis 400 leute, vor allem junge leute, in der unterstadt von brüssel, um die abwesenheit von autos auszunutzen. nun, wir sind auf der straße rumspaziert, haben gesungen und getanzt. wir waren verkleidet, geschminkt, schon ganz schön folkloristisch. die musik hat für diesmal den krach von auspuffen und hupen ersetzt, der sonst gewöhnlich herrscht. tambourine, trommeln, saxofone haben sie mitgebracht. das quartier war aufm fest, in stimmung. einmal haben wir eine lange kette gebildet um einen wagen des diplomatischen corps zu behindern, der ja fahrerlaubnis hat. das war gut! wir haben ihn aufgehalten, aber schließlich ließen wir ihn durch, weil einige meinten, daß die polizei eingreifen würde. später sind noch die musiker von graeme allwright dazugekommen, auch ein paar typen von der theatertruppe "zéro de conduite". bei der münze haben wir einen kreis gebildet und spielchen gemacht, sowas wie "ich hab mein taschentuch verloren". war ganz schön lustig. also, bis zum nächsten sonntag..."

LONDON (PNS/ID) 135.000 STUDENTEN PROTESTIEREN GEGEN NIEDRIGE
17. november 73 FÖRDERUNGSSÄTZE

mehr als 135.000 studenten haben sich am mittwoch an einer reihe von überregionalen protestaktionen, besetzungen und demonstrationen beteiligt, im rahmen der kampagne der nationalen studentenunion (NUS) für höhere förderungssätze. NUS schätzt, daß über 90 % der lokalen studentenvereinigungen in irgendeiner form an aktionen teilgenommen haben. an einigen unis wurden veranstaltungen mit sprechern der nationalen bergarbeitergewerkschaft (NUM), der nationalen gewerkschaft der öffentlichen bediensteten (NUPE) und der vereinigten maschinenarbeiterschaft organisiert. einige unis veranstalteten "spotthochzeiten", mit zwei männlichen studenten, der eine mit polokappe und hochzeitskleid, der andere in militäruniform. damit sollte deutlich werden, daß, während die apanage von prinzessin anne durch ihre heirat auf 35.ooo pf. verdoppelt wurde, die beihilfe für eine studentin im falle ihrer heirat um die hälfte - maximal 295 pf. - gekürzt wird! flugblätter über diese tatsache wurden an die zuschauer des hochzeitszuges verteilt. etwa zwei drittel der verteilenden studenten wurde von der polizei behindert. außerdem fanden 24-stunden-besetzungen von instituten und vorlesungsboykotte statt.

LONDON (PNS/ID) NEUES SQUATTERS+ - HANDBUCH ERSCHIENEN

+leute, die in leerstehende häuser ziehen und keine miete bezahlen.

17. november 73 es kostet 5 pence und enthält abschnitte über die gründe für hausbesetzungen, über das auffinden von besetzbaren häusern, und wie man hineinkommt. andere abschnitte behandeln die rechtliche position der squatters und die möglichkeiten zur bekämpfung von gerichtsanordnungen und räumungen. mehr als die hälfte des buchs enthält praktische hinweise zum instandsetzen von hauptleitungen, wasser und kanalisation, gas und elektrizität, und zum auswechseln von schlössern.

erhältlich durch: bit, 146 great western road, london w 11, und: islington, community press, 11 hemingford road, london n 1

LONDON (ID/PNS) MINIMUM 30 JAHRE KNAST

23. november 1973 das prisoners aid comittee (pac), das für den politischen status der irischen republikaner, die in englischen gefängniss en sitzen, kämpft, gab vergangene woche eine broschüre heraus, die den fall von noel jankinson behandelt. noel jankinson wurde im november 1972 zu lebenslänglich verurteilt - wobei er ein minimum von 30 jahren absitzen muß. nach einem bombenanschlag auf die offiziersmesse eines fallschirmjägerregiments im februar 1972 sind noel jenkinson und zwei andere unter folgender anklage vor gericht ge-

stellt worden: "verschwörung, um einen öffentlichen übelstand hervorzurufen durch das training von männern im gebrauch von waffen zum zwecke der gewaltsamen erreichung eines politischen ziels, eines vereinten irland."

noel ist für schuldig erklärt worden und nach diesem prozeß, bei dem die polizei gezwungen war, ihr einziges beweisstück für seine anwesenheit in aldershot - eine ladenquittung - zurückzuziehen, verzichtete er auf eine berufung.

die broschüre beginnt mit dem satz:

"noel jenkinson ist einer in der langen und bitteren liste der iren, deren stimmen erstickt wurden hinter britischen gefängnisgittern ... sein fall wird der europäischen menschenrechtskommission vorgetragen werden, wo gegenwärtig mehr anklagen gegen die britische regierung wegen unrecht und brutalität vorliegen als gegen irgendein anderes europäisches land."

das pac ruft zur unterstützung seiner kampagne auf:

"1. proteste an die irische botschaft, weil die es unterließ, in noels fall zu intervenieren.

2. organisiert demonstrationen für ihn, fordert seine freilassung.

3. sendet briefe und versichert ihn eurer unterstützung: hm prison, welford road, leicester.

4. unterstützt die arbeit der pac und vor allem ihren strasbourg appeal fund. die geschätzten kosten, um noels fall vor den straßburger gerichtshof zu bringen, belaufen sich auf 2000 pfund.

die broschüre kann zum solidaritätspreis von dm.1,50 bezogen werden vom ira/sinn fein - solidaritätskomitee, 637 oberursel 5, postfach 35

AMSTERDAM (ID) 19. november 73

HOLLÄNDER PROTESTIEREN GEGEN ISOLATIONSFOLTER AN POLITISCHEN GEFANGENEN IN DER BRD

bisher haben über 180 holländer einen protestbrief (siehe dokumentation) gegen die verfolgungsmaßnahmen gegen die politischen gefangenen und ihre verteidiger unterschrieben. die unterschriften kommen aus allen teilen der bevölkerung.

anfang november 1973 fanden in amsterdam mehrere protestversammlungen statt, auf der auch verteidiger und mitglieder des komitees gegen folter an politischen gefangenen in der bundesrepublik sprachen.

das holländische fernsehen brachte am 6.11.1973 einen bericht über die isolation der politischen gefangenen und ihre hungerstreikaktion, in der justizminister hemfler aus hessen die isolationsfolter im interesse der staatsanwaltschaft als notwendig zu rechtfertigen versuchte mit der begründung, sie diene der "prozeßfindung" und "die politischen gefangenen stellten sich der aufklärung entgegen". diese erklärung macht die zielrichtung der isolation deutlich, die also nicht nur der sicherung des verfahrens dient. der verteidiger rechtsanwalt golzem aus frankfurt hat demgegenüber klargestellt, daß die isolationsmaßnahmen gegen die politischen gefangenen rechtswidrig sind und folter ist.

BERKELEY (ID)

PEOPLEs TRANSLATION SERVICE

bis zum vietnamkrieg gab es in der politischen bewegung der usa keine tradition, die sich mit außeramerikanischer politik beschäftigt hätte. die probleme der dritten welt wurden ab und zu einmal in die politischen diskussionen einbezogen, aber die sachen, die in europa laufen, werden auch heute noch wenig verfolgt. dieses desinteresse versucht der pts zu durchbrechen. sie werten westeuropäische linke und liberale zeitungen aus. (aus der brd: fr, links, pardon, express international, probleme des klassenkampfs, id, rote hilfe, wir wollen alles, das argument, soz. politik). sie veröffentlichen die wichtigen politischen und kulturellen nachrichten in einem 2mal wöchentlich erscheinenden bulletin, und beschäftigen sich auch außer der nachrichtenvermittlung mit übersetzungen und der herausgabe von theoretischen publikationen.

adresse: pts, 2490 channing way, berkeley, california 94704

DOKUMENTATION

DOKUMENT 1 STELLUNGNAHMEN ZUR SOG.ENERGIEKRISE

"der konzentrierte beschluß ölproduzierender arabischer staaten, ihren ölexport nach usa monatlich um 5 % zu drosseln, solange die israelis sich nicht auf die grenzen von 1967 zurückzögen, weniger unmittelbaren druck auf die vereinigten staaten ausübt, sondern vielmehr als eine demonstration vereinter handlungsfähigkeit und entschlossenheit gegen alle diejenigen gerichtet ist, die wirklich vom öl aus dem nahen osten abhängen. vor allem die westeuropäischen staaten wurden mit diesem entschluß gewarnt und ermahnt, sich nicht auf die seite israels zu schlagen, wie es noch 1967 z.b. von der brd und später vom sozial-liberalen innenminister genscher in seiner araberverfolgung nach münchen so vehement praktiziert wurde. diese drohung wurde in westeuropa bishin zur konservativen, bürgerlichen presse verstanden: selbst in ihren zeilen fand nun auf einmal der "arabische untermensch" seine menschliche und nationale würde wieder. hinter dem westeuropäischen taktieren stand freilich mehr als nur die drohung mit der drosselung des ölhahns. die politik der eg konzentriert sich in ihrem neokolonialistischen aspekt auf den mittelmeerraum und afrika. für sie ist es wichtiger, eine immer engere bindung über assoziationsverträge und faktische wirtschaftliche beziehungen der arabischen und afrikanischen staaten zu erreichen, um sich so die markt-, investitions-, und rohstoffbasis zu sichern, die allein aussicht auf weiteren erfolgreichen konkurrenzkampf mit den anderen kapitalistischen industriestaaten gewährt. in diesem sich immer deutlicher herausschälenden gemeinsamen konzept einer mittelmeer- und afrikapolitik wird israel eher zum hemmschuh. deshalb: wenn von weltpolitischer isolierung israels selbst in den bürgerlichen zeitungen immer wieder die rede war, so war dieser punkt gemeint, wenn er auch kaum konkret benannt wurde." (links)

"die bundesregierung betreibt das geschäft mit der angst im interesse der monopole und verfolgt zugleich deren politische ziele, die empörung des volkes von den ölmonopolen abzulenken und gegen die arabischen völker zu richten, während das großkapital und hohe militärs keineswegs unabhängig von der bundesregierung schon mit dem gedanken einer militärischen intervention in den erdölländern spielen. "die erprobung des gemeinschaftsgeistes" die bundeskanzler brandt betreibt, ist nichts anderes als der versuch, das volk zu verführen wie die bundesregierung mit den interessen der monopole gemeinsame sache macht.

die imperialisten behaupten, wir wären naturgegeben vom arabischen öl abhängig. diese lüge ist leicht zu widerlegen. öl kann weitgehend durch andere energie ersetzt werden. die produktion von einem liter benzin aus kohle soll ca. 1 dm kosten. allerdings ist die arbeit in dieser richtung systematisch vernachlässigt worden. denn es ist für die bourgeoisie profitabler, den arabischen völkern ihren nationalen reichtum zu rauben und dafür 1974-76 10.000 beschäftigte in vier zechen der ruhrkohle ag auf die strasse zu werfen. auch das geschrei man könne jetzt nicht so rasch auf andere energiequellen umschalten, und die arabischen länder nutzten diesen umstand aus, zieht nicht. ohne skrupel haben die imperialistischen monopole und politiker die kohlenkrise mit massenentlassungen von bergleuten herbeigeführt und sie setzen diese politik fort. ihre spekulation sieht auch heute so aus: es ist für sie profitabler, die arabischen länder politisch und militärisch abhängig zu halten, ja sie sogar direkt militärisch zu besetzen, (wirtschaftswoche nr. 44: eine intervention könnte in den wenig bevölkerten gebieten lybiens und der arabischen halbinsel am kostengünstigsten sein) als den kohlenbergbau zu organisieren." (kbw)

"die ölexportierende länder erhöhten in den letzten zwei jahren zwei mal die preise. das erste mal um 10%, das zweite mal um 10-15%. dagegen erhöhten die ölkonzerne ihren verkaufspreis für rohöl in rotterdam von 25 dollar 1972 auf über 130 dollar heute, das sind über 500% in zwei jahren.

die konzerne verknappen künstlich das öl! - die preise gehen in die höhe, brennstoff-beschränkungen werden angeordnet, lieferfristen verlängert - und das, obwohl rotterdam, der größte ölumschlagplatz westeuropas, bisher keinen tropfen öl weniger erhalten hat.

allein 51 pfennig pro liter benzin kassiert die brandt-regierung durch steuern ein. damit ist sie hauptsächlich beteiligt an den unschwinglichen benzin- -und heizöl kosten für die werktätige massen.

der ölboykott dient der regierung als willkommener anlaß, gesetze für den notstand durchzupeitschen und nationale notstandsübungen durchzuführen" (kpd)

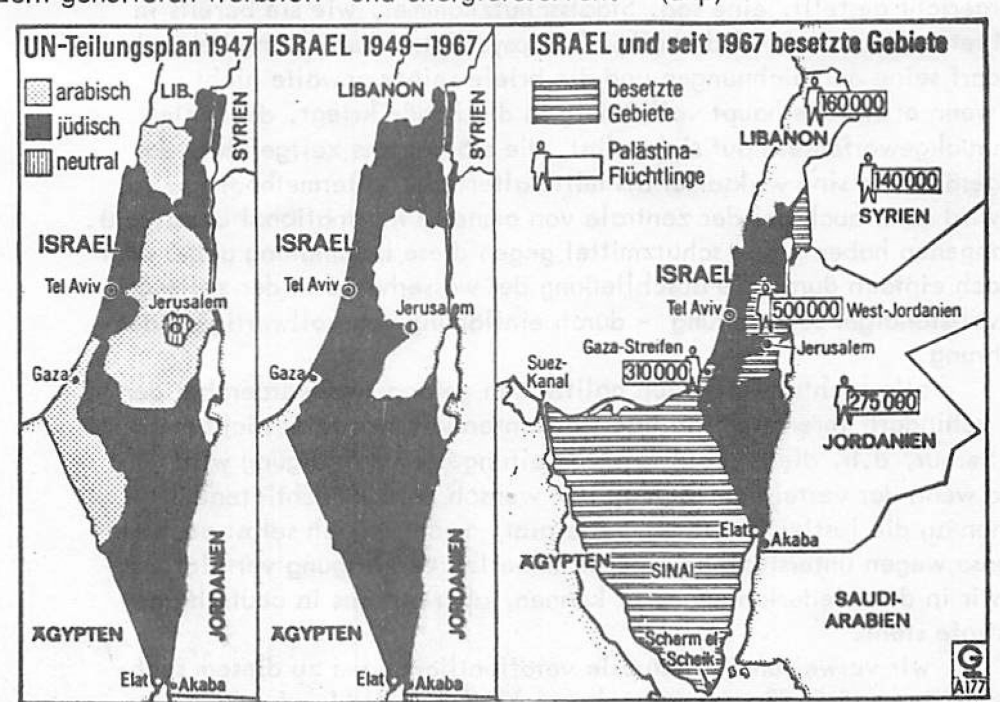
"die dkp fordert von der bundesregierung: schluß mit der pro-israelischen politik! öffentliche verurteilung der israelischen landraubpolitik und öffentliche aufforderung an israel, seine truppen aus allen besetzten arabischen gebieten abzuziehen und die unobeschlüsse einzuhalten! einstellung jeder politischen und finanziellen unterstützung, bis israel diesen forderungen nachgekommen ist! striktes verbot jeglicher waffenlieferung an israel vom boden der bundesrepublik!

sofortiger preisstop für alle ölprodukte! öffentliche kontrolle aller mineralölkonzerne, ihrer vorräte und deren verteilung unter mitbestimmung der gewerkschaften und anderer demokratischer organisationen der bevölkerung! überführung der ölkonzerne in demokratisch kontrolliertes öffentliches eigentum!

aufhebung des fahrverbots für arbeiter und angestellte! statt dessen einschränkung des fahr- und flugbetriebs der bundeswehr um mindestens 50 %!

gemeinsame abwehr aller einsparungsmaßnahmen auf kosten der arbeiter und angestellten durch solidarische aktionen der belegschaften!

die dkp schlägt andere wirkungsvollere, benzinsparendere maßnahmen vor: 1. startverbot für alle privatflugzeuge. 2. fahrverbote für die in der brd stationierten us-streitkräfte, die bundeswehr und den bundesgrenzschutz (ein einziger phantomjäger verbraucht pro flugstunde 10.000 l hochwertigen sprit, ein bundeswehrpanzer vom typ leopard schluckt pro fahrstunde 600 l diesel). 3. fahrverbote für alle pkw ab 2,8 l hubraum. 4. beschlagnahme aller von großindustrie und kapitalbesitzern gehorteten treibstoff- und energiereserven." (dkp)



"ich glaube wir sind der übrigen brd um 5 jahre voran. hätte uns einer vor 2 jahren geglaubt, als wir vom leben ohne auto und elektrisches licht sprachen? alles wird sich verändern müssen, die gesamte europ. lebensweise. bald gibts wieder öl und alles, aber viele haben gemerkt was nicht mehr lange so weitergeht. vor monaten trampten wir auf unseren straßen und kein auto kam entlang. roy sagte zu mir - siehst du, wie in 5 jahren da gibts auch keine autos mehr. wer hätte gedacht, daß es schon 1/2 jahr später so ist (für einen tag). wir haben ein pferd + wagen + können nur lachen." (brief eines landkommunarden.)

voraussichtliche folgen des fahrverbots: steigerung des alkoholkonsums und des taschendiebstahls. (ID)

DOKUMENT 2 PROTESTBRIEF AUS HOLLAND

initiativgruppe patienten und untersuchungsgefangene

ebenso wie bei uns befinden sich in der bundesrepublik menschen in untersuchungshaft. für einen teil der untersuchungsgefangenen besteht ein besonderes regime - ein regime, das in der westdeutschen gesetzgebung ausdrücklich ausgeschlossen ist (paragraphen 148, 94 stpo, 300 stgb). diese gesetzliche regelung, die sich auch in artikel 6 der menschenrechtskonvention findet, wird bezüglich solcher untersuchungshäftlinge, die während und durch ihre gefangenschaft politisches bewußtsein entwickeln, zur seite geschoben. diese behandlung wird vor allem menschen der roten-armee-fraktion (der sog. baader-meinhof-gruppe) und des ehemaligen sozialistischen patientenkollektivs zuteil, von denen nicht nur deutsche, sondern mindestens auch ein niederländer gefangen sitzen, die meisten noch in untersuchungshaft. diese menschen sind also noch nicht verurteilt und müssen bis zum endurteil als unschuldig betrachtet werden, während darüberhinaus ihre untersuchungshaft viel länger dauert als das gesetz es zuläßt: der einzige gesetzliche grund für untersuchungshaft ist fluchtgefahr oder die gefahr, daß beweismaterial abhanden kommt. wenn die ermittlungen abgeschlossen sind, verfallen diese gründe; dann muß (auch nach der menschenrechtskonvention) der verdächtigte vor gericht gebracht werden, so daß die untersuchungshaft - und damit viel unsicherheit - ein ende hat.

die sonderbehandlung wirkt sich nach zwei seiten aus - beide wurden unlängst durch die dritte strafkammer des bundesgerichtshofs sanktioniert, die sie für zulässig hält (und das, obwohl das gesetz sie verbietet!). der untersuchungsgefangene wird einer modernen form der folter unterworfen: er wird in isolation gehalten, darf an aktivitäten innerhalb des gefängnisses nicht teilnehmen, wird in seiner zelle nicht in ruhe gelassen, wird immer wieder aufs neue verschubt, darf nur besuch von nächsten familienangehörigen empfangen, und, was sein verfahren betrifft: er wird vor ein sondergericht gestellt, eine sog. Staatsschutzkammer, wie sie bereits in der nazizeit eingerichtet worden sind, wird häufig einer psychiatrischen zwangsbehandlung unterzogen und darf seine aufzeichnungen und die briefe seiner anwälte nicht selbst aufbewahren - wenn er sie überhaupt vollständig in die hände kriegt. das fehlen von kontakten, das zurückgeworfensein auf sich selbst, die störung des zeitgefühls, das fehlen von licht und geräuschen sind wirksamer als mittelalterliche foltermethoden. diese form der folter wird denn auch bei der zentrale von amnesty international untersucht. die untersuchungsgefangenen haben keine schutzmittel gegen diese behandlung außer dem hungerstreik, der jedoch einfach durch die abschließung des wasserhahns in der zelle gebrochen wird - nach vollständiger schwächung - durch einflößung von vollwertiger oder nicht vollwertiger nahrung.

alle rechtsanwälte von politischen gefangenen werden bei der ausübung ihres berufs behindert; ihre briefe an ihre mandanten kommen jetzt nicht mehr ungeöffnet durch die zensur, d.h. die ungestörte vorbereitung der verteidigung wird unmöglich gemacht, und wenn der verteidiger sich an den wunsch des verdächtigten hält und keine informationen an die justizautoritäten weitergibt, macht er sich selbst auch verdächtig und kann ebenso wegen unterstützung einer kriminellen vereinigung verfolgt werden, ein delikt, das wir in den niederlanden nicht kennen, aber auf das in deutschland jahrelange gefängnisstrafe steht.

wir verweisen auf aktuelle veröffentlichungen zu diesem sachverhalt in: de nieuwe linie vom 5.9.73, der spiegel vom 13.8.73, und kursbuch 32, august 73. einige deutsche rechtsanwälte richten einen offenen brief an den bundesgerichtshof. die folgenden unterschriften unterstützen diesen offenen brief durch die folgenden forderungen:

1. aufhebung der isolationshaft, die den charakter von folter hat.
2. herstellung der verteidigungsrechte für politische gefangene.
3. einstellung der ermittlungsverfahren wegen verteidigertätigkeit.
4. sofortige rückgabe der beschlagnahmten verteidigungsunterlagen.

name	ausbildung/beruf	adresse	unterschrift

23.november 1973

LIEBE LEUTE,

IHR HABT NUN SCHON EINE REIHE VON ID-NUMMERN ERHALTEN. WIR HABEN MEHRERE MALE GESCHRIEBEN, DAß IM ANFANGSSTADIUM EINE INTAKTE ÖKONO - MISCHE GRUNDLAGE LEBENSWICHTIG FÜR DIE KONTINUIERLICHE ARBEIT IST.

INSOFERN BITTEN WIR EUCH, DAß ABO-GELD ZU BEZAHLEN (PRO MONAT 5,-- DM).

AM BESTEN IST, WENN IHR VIERTELJÄHRLICH BEZAHLT (15,-- DM). WIR HABEN MIT DIESEM BRIEF EXTRA LANGE GEWARTET UND BITTEN DARUM, DIE ÜBERWEISUNG INNERHALB DER NÄCHSTEN VIER (4) TAGE ZU ERLEDIGEN. (ODER WENN ES NICHT GEHT, MELDET EUCH WENIGSTENS, WANN IHR DAS GELD ÜBERWEISEN KÖNNT UND OB IHR ID WEITER HABEN MÖCHTET.)

SOLLTE ES NÖTIG SEIN - UND NUR DANN - FORDERT EINE RECHNUNG AN.

POSTSCHECKKONTO FRANKFURT 60
KONTONR. 525228 - 602
WALTER SPRUCK

ID-KOLLEKTIV